



Keinen Stich gesehen

Von Volkhard Paczulla

Schon zum zweiten Mal hat die CDU ihrem Koalitionspartner SPD demonstriert, dass sie in einer anderen Liga spielt. In kaum mehr als 100 Tagen Partnerschaft.

Erst war es die schnelle Verabschiedung des neuen Kindergartengesetzes, über der es wahrscheinlich Mai werden wird. Jetzt sind es die Stichwahlen bei der Wahl von Bürgermeistern und Landräten.

Die CDU hatte die Übung 2008 gegen heftige Proteste der Opposition abgeschlossen, um erlebte Verbrüderungen von SPD und Linken im zweiten Wahlgang unmöglich zu machen. Nach der Landtagswahl brauchte man aber einen Partner. Und die SPD bestand auf Wiedereinführung der Stichwahlen. Wer sich ein bisschen auskennt in Koalitionsverhandlungen, der weiß, dass die Sozialdemokraten dafür auf etwas anderes verzichten mussten.

Die Stichwahlen schienen ihnen das wert. Frank Roßner, Vize-Landesvorsitzender der SPD, musste es noch wissen. Schließlich hat er mitverhandelt. Als Landrat des Saale-Orla-Kreises verzichtete er nun auf frühe Wiedereinführung. Aus Versehen? Das mag die SPD unter sich klären. Bevor sie auf die CDU und deren Landräte flucht.

OTZ-Telefonforum zu Geldanlage

Löbichau (OTZ). Tagesgeld, Sparbrief, Fonds, Bundeswertpapiere, Aktien, Gold – wie lege ich mein Geld krisensicher und rentierlich an? Wirtschaftskrise und hohe Staatsverschuldung verunsichern. Bleibt der Euro stabil? Droht Inflation? Lohnt Sparen trotz niedriger Zinsen?

Alle Fragen rund um die Geldanlage beantwortet kompetent und neutral Experten vom Bundesverband deutscher Banken am Dienstag, den 23. Februar, von 14 bis 16 Uhr, beim OTZ-Telefonforum unter 03447/525959.

Von der Polizei zur Schule gebracht

Apolda (ddp). Die Polizei hat am Freitagmorgen in Apolda vier Schulschwänzer zum Unterricht gebracht. Einem Sprecher zufolge trafen Beamte die Kinder im Alter zwischen zehn und zwölf Jahren in der Innenstadt an.

Für ihr Fernbleiben hätten sie „fadenscheinige Erklärungen“ wie eine Freistunde vorgegeben. Es sei ihnen anschließend „offensichtlich sehr peinlich“ gewesen, dass sie von der Polizei in die Schule gebracht wurden.

Knappes Ja für weitere Förderung

Löbichau (OTZ). Derzeit werden Kürzungen der Einspeisevergütung für Solarstrom geplant. Solarunternehmen sehen Tausende Arbeitsplätze insbesondere in Ostdeutschland gefährdet. Vor diesem Hintergrund wollten



wir wissen: Soll Solarstrom weiter wie bisher gefördert werden? 52 Prozent der Voting-Teilnehmer beantworten diese Frage mit Ja, 44 Prozent sind dagegen und 4 Prozent ist es egal. In der nächsten Umfrage wollen wir wissen: Hat Westerwelle mit seiner Sozialstaatskritik zu Hartz-IV recht? >> www.otz.de



Wohnhaus fertiggestellt: Familie S. lebt inzwischen in ihrem Haus. Vor einem Jahr (kleines Bild) saß sie als Insolvenzopfer der Deutschen Massivhaus GmbH aus Gera auf einem halbfertigen Einfamilienhaus. (Foto: privat)

Ein Haus im Schneeballsystem

Wie eine von der Geraer Massivhaus geprellte Familie ihr Haus dennoch fertig bekam

Von OTZ-Redakteur Tino Zippel

Gera. Ivette S.* sitzt auf dem Sofa, lehnt sich zurück. Vor einem Jahr hatte sie den Glauben verloren, je in ihrem Haus glücklich zu werden. Durch die Insolvenz der DM Deutsche Massivhaus GmbH Gera blieb ihre Familie auf einem halbfertigen Gebäude sitzen, 97 Prozent des Geldes waren aber schon bezahlt.

Den Geraern, die bei München bauten, fielen Mehrkosten von 30 000 Euro an. „Die Kreditlinien waren schon erschöpft“, sagt die Steuerfachangestellte, die vor einem Jahr in der OTZ von ihrem Schicksal berichtet hatte. Im Haus fehlten Heizung, Türen, Außenputz, Sanitärinstallation, Innentreppe und Bodenbeläge. In der gekündigten Wohnung stand der Nachmieter in der Tür. „Wir haben ihn für einige Tage in ein Hotel einquartiert, um Zeit zu gewinnen“, erzählt Ivette S.

Doch die Familie hat die schwierige Situation gemeistert. Sie zog ins halbfertige Haus ein. Über Leitern bugsierten Helfer die Möbel ins Obergeschoss. Eine Kabeltrommel verteilte den Strom im Haus. Ein elektrischer Ofen heizte ein Zimmer. Über Monate werkelt Ehemann Tino, um das Gebäude in Eigenleistung fertigzustellen. Die Eltern halfen mit Geld aus, spendierten die Treppe und gewährten ein zusätzliches Darlehen. Die Familie musste die Sparkonten der Kinder angreifen. „Mit dem Balkongeländer kam am 24. Dezember die letzte Lief-

erung“, sagt die Bauherrin nicht ohne gewissen Stolz, es trotz der „Schweinierei von Massivhaus“ geschafft zu haben.

Familie S. erging es wie 780 anderen geprellten Hauslebern. Im Jahr 2007 hatte sie ihren Bauvertrag unterzeichnet. 150 000 Euro sollte ihr Traumhaus kosten. Damals ahnte sie nicht, dass der geschickt aufgestellte Ratenzahlungsplan sie immer in Vorleistung gehen ließ. Erste Zweifel kamen auf, als im August 2008 der Bau stockte. Über Monate hielten die Geschäftsführer von Massivhaus die Familie hin. „Selbst eingefrorener Die-

sel oder der Unfall von Ministerpräsident Althaus wurden als Ausreden genannt.“

Im Februar 2009 brachte ein Gerichtsprozess in Gera ans Tageslicht, dass Massivhaus vor der Zahlungsfähigkeit stand. Auf der Gläubigerliste stehen viele Handwerker, die ihre Rechnungen nicht bezahlt bekommen. „Derzeit werden die Forderungsmeldungen von mehr als 600 Gläubigern mit einem Gesamtbetrag von mehr als 14 Millionen Euro geprüft“, sagt ein Sprecher der Insolvenzverwalterin Dr. Bettina E. Breitenbücher. Darunter ist eine Forderung des FC Carl Zeiss

Jena, bei dem sich Massivhaus als Trikotsponsor eingekauft hatte. Von vereinbarten 300 000 Euro flossen nur 120 000 Euro.

Die bundesweite Werbung spielte eine wichtige Rolle im Geschäftsmodell des Unternehmens. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft in Richtung Betrug wegen eines Schneeballsystems. Die Firma versuchte, immer neue Kunden zu gewinnen. „Mit den Einnahmen stopfte sie die Löcher, die sich bei den anderen Projekten aufbauten“, sagt Dirk Germerodt, Sprecher der Staatsanwaltschaft Mühlhausen. Noch sei ein Ende der Ermittlungen nicht in Sicht, da viele Daten auszuwerten seien.

Post vom Landeskriminalamt hatte auch Familie S. im Briefkasten, die Schriftverkehr mit Massivhaus zur Verfügung stellen soll. „Wir helfen gerne, damit die Geschäftsführer ihre gerechte Strafe bekommen. Durch ihr Verhalten haben wir das Grundvertrauen in Menschen verloren.“ Einer von ihnen, Mario K., sitzt laut Germerodt seit zwei Monaten in Untersuchungshaft.

Nach dem Insolvenzverfahren noch Geld zurück zu bekommen, erwartet S. nicht. Sie ärgerte das Verhalten eines Mitarbeiters der Insolvenzverwaltung. Der forderte Geld für die Herausgabe der Baupläne. „Dabei hatten wir die schon bei Massivhaus bezahlt.“ * Name der Redaktion bekannt

Vorgang	Nr.	Von	Zu	gestrichelt	Betrag in €
Auftrag	8001	15.03.08	24.02.08	152.000,00 €	
Bauvertrag	8002	15.03.08	15.03.08		
Handwerker		20.03.08	09.06.08	3.654,41 €	
Handwerker		21.03.08	09.06.08	2.784,81 €	
Handwerker		22.03.08	09.06.08	1.184,00 €	
Handwerker		23.03.08	09.06.08	59,00 €	
Handwerker		24.03.08	09.06.08	393,91 €	
Handwerker		25.03.08	09.06.08	79,49 €	
Handwerker		26.03.08	12.11.08	484,80 €	
Handwerker		27.03.08	15.12.08	383,80 €	
Handwerker		28.03.08	15.01.09	277,99 €	

Das Landeskriminalamt in Erfurt ermittelt, sucht im kompletten Schriftverkehr nach Beweisen.

Nachfrage treibt Preise für Agrarflächen

BVVG: Hohe Angebote der Landwirte

Erfurt (ddp). In Thüringen sind die Preise für Flächen der Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) im vergangenen Jahr um 40 Prozent gestiegen. Grund sei die ungebrochen starke Nachfrage, die zu hohen Angeboten der Landwirte für die Flächen führe, sagte BVVG-Niederlassungschef Markus Meyer gestern in Erfurt.

Insgesamt 4900 Hektar Land seien 2009 privatisiert worden. Daraus habe sich ein Erlös von 45 Millionen Euro für den Freistaat ergeben. In diesem Jahr sollen nach Angaben der BVVG weitere 3100 Hektar Acker- und Grünflächen verkauft werden,

hinzu kämen rund 700 Hektar Wald. Meyer begrüßte die Neuregelungen für den Erwerb von Agrarflächen der BVVG. Damit würden Landwirten „flexiblere Optionen“ geboten. Unter anderem hätten die Bauern nun beim Auslaufen von Pachtverträgen die Möglichkeit, entweder einen neuen Pachtvertrag von bis zu neun Jahren ohne Kaufoption oder einen Pachtvertrag bis zu vier Jahren mit Kaufoption abzuschließen. Nach der alten Regelung seien die Flächen zum größten Teil meistbietend ausgeschrieben worden. Viele Betriebe hätten jedoch nicht bis zum Höchstgebot mitbieten können.

Bischöfin Junkermann ruft zu Ökumene auf

Melanchthontag in Erfurt begonnen

Erfurt (epd). Die mitteldeutsche Landesbischöfin Ilse Junkermann hat die Kirchen zu mehr ökumenischer Zusammenarbeit aufgefordert. Protestanten und Katholiken müssten in der säkularisierten Gesellschaft stärker mit einer Stimme reden, „damit sie überhaupt gehört werden“, sagte Junkermann am Freitag in Erfurt.

Die Bischöfin sprach zum Auftakt eines zweitägigen Melanchthontages, auf dem Wissenschaftler, Kirchenvertreter und Politiker die Bedeutung Melanchthons für Staat, Religion und Bildung diskutieren wollen. Junkermann bezeichnete das Wirken des Reformators im Bildungsbereich als weiteren wesentlichen Aspekt seines Erbes für die Gegenwart. „Die Reformation wollte gebildete und mündige Menschen“, betonte die Bischöfin. Angesichts eines zunehmenden Armutsproblems in Ost

wie West sei die Bildungsgerechtigkeit längst zu einer zentralen Frage geworden. Bildung sei heute die Grundvoraussetzung für den mündigen Bürger. Deshalb dürfe die Verantwortung des Staates auf diesem Gebiet „nicht nur ökonomischen Kriterien unterworfen werden“, fügte sie hinzu. Referenten auf der zweitägigen Veranstaltung des Thüringer Landtags zum 450. Todestag von Philipp Melanchthon sind unter anderem der Tübinger Theologe Eilert Herms, der Soziologe Detlef Pollack und Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Grüne). Das Evangelische Augustinerkloster zeigt zur Tagung eine neue internationale Wanderausstellung zu Melanchthon. Zur Ausstellungseröffnung verlies auch der katholische Erfurter Bischof Joachim Wanke auf die Bedeutung des Reformators als Ökumeniker.



Ilse Junkermann

Betreiber für Bauernmuseum gesucht

Nitschareuth (OTZ/M.H.). Die Gemeinde Langenwetzendorf im Landkreis Greiz sucht nach neuen Betreibern für das Nitschareuther Bauernmuseum. Die bisherigen Betreiber Jochen und Brigitte Deutscher wurden am Donnerstag nach fünf Jahren in den Ruhestand verabschiedet. Sie waren die ersten privaten Betreiber des Museumshofes mit Café.

Der Hof würde dabei pachtfrei zur Verfügung gestellt, nur Nebenkosten müssten selbst getragen werden, so Ortsteilbürgermeister Jörg Limmer. Weitere Informationen können bei der Gemeindeverwaltung unter Tel.: (036625) 52 00 erfragt werden.

Geldauflage für Leiter des Sportzentrums

Oberhof/Erfurt (OTZ). Die Staatsanwaltschaft Erfurt stellt Ermittlungen gegen den Leiter des Oberhofer Wintersportzentrums, Wolfgang Filbrich, ein.

Sprecher Hannes Grünseisen sagte MDR Radio Thüringen, Filbrich müsse dafür eine Geldauflage von 7500 Euro zahlen. Filbrich stand im Verdacht, interne Ausschreibungsdetails für den Bau von Wintersportanlagen in Oberhof an ein Stuttgarter Unternehmen weitergegeben zu haben. Staatsanwalt Grünseisen bestätigte, dass Ermittler auf Konten 25 000 Euro gefunden hatten, zu denen Filbrich keine Herkunftangaben machen konnte.

Umfrage

Hat Westerwelle mit seiner Sozialstaatskritik recht?



Kerstin Kramer (54), Leiterin der BVMW-Geschäftsstelle, Greiz: Westerwelle wurde unkorrekt zitiert. Er hat Recht, dass die, die arbeiten, auch mehr verdienen sollen. Es kann nicht sein, dass eine Lidl-Verkäuferin acht Stunden schuftet und der Sozialhilfeempfänger zu Hause sitzt und nebenbei schwarz arbeitet. Vieles unter den Teppich Gekehrte spricht Westerwelle offen an.



Hartmut Strobel (50), Einkäufer in der Elektrobranche, Triebes: Im Grundtenor muss ich Herrn Westerwelle schon recht geben: Diejenigen die arbeiten, sollten natürlich auch finanziell besser gestellt sein. Wenn Hartz IV-Empfänger das gleiche bekommen, wie alle, die täglich arbeiten, dann fehlt doch für beide die Motivation. In der Realität zeigt sich, dass Arbeit nicht viel Lohn bedeutet.



Dorit Onken (76), Rentnerin, Jena: Einerseits hat Herr Westerwelle recht, dass arbeitende Leute mehr Geld bekommen sollen als Arbeitslose. Dennoch hat er meiner Meinung nach auch viel Falsches gesagt. Er sollte erst nachdenken, welche Begriffe und Ausdrücke er benutzt. Als Außenminister sollte er sich sowieso weniger um die Innenpolitik und mehr um außenpolitische Dinge kümmern.



Gerhard Zimmer, 58, Rentner, Eisenberg: Guido Westerwelle von der FDP hat Recht. Ich verstehe nicht, wie so viele Politiker, Medien und politische Gruppen den Mann kritisieren. Es ist doch so, dass viele Menschen, die arbeiten, trotzdem den Cent drei mal umdrehen müssen. Und es ist doch kein Geheimnis, dass viele Hartz IV-Bezieher, sich nicht darum scheren, Arbeit anzunehmen.



Annett Geyer (25), Angestellte, Eineborn: Es ist unfair, dass Leute, die arbeiten, manchmal weniger Geld als ein Hartz-IV-Empfänger bekommen. Ich denke, dass eine Diskussion darüber sinnvoll ist, allerdings sollte man die Leute nicht alle über einen Kamm scheren und pauschal verurteilen. Man müsste eigentlich die Situation jedes einzelnen prüfen, auch wenn das kaum möglich ist.



Andreas Meyer (51), Anlagenfahrer, Bad Lobenstein: Was einige der Hartz-IV-Empfänger betrifft, gebe ich ihm recht. Vor allem darin, dass derjenige, der arbeitet, mehr verdienen soll. Das halte ich für gerecht. Aber das hat er vor der Wahl so nicht gesagt. Denn ich glaube, dass ihm da einige Leute nicht ihre Stimme gegeben hätten. Leider ist es ja oft so, dass Politiker gern vieles versprechen.